



Antrag: Stärkung der Zivilklausel

Antragsteller*innen: SDS - Sozialistisch-Demokratischer Studierendenverband

Antragstext:

Das Studierendenparlament möge beschließen:

Der AStA der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg handelt im Sinne der von der Landes-Asten-Konferenz beschlossenen Stellungnahme "zur Initiative Streichung der Zivilklausel der CDU-Fraktion Niedersachsen", in der u.A. der "Erhalt und die Stärkung der Zivilklausel an niedersächsischen Hochschulen" gefordert wird.¹

Das Referat für Hochschulpolitik setzt sich dafür mit der Leitung der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg auseinander, um über die bestehende Zivilklausel und ihre Relevanz aufzuklären und um darüber hinaus eine öffentliche Positionierung der Universität für die Erhaltung und Stärkung der bestehenden Zivilklausel zu erwirken. Wir fordern, dass die Zivilklausel der Carl von Ossietzky Universität auf der offiziellen Website der Universität ein Beitrag gewidmet wird.

Zudem sucht das Referat für Hochschulpolitik die aktive Zusammenarbeit mit den Fachschaften der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, um sich für eine Ausweitung kritischer und friedensfördernder Lehrinhalte im Sinne der Zivilklausel einzusetzen. Eine Mitgestaltung und Verantwortung ausgehend von den Fachschaften geht dabei in die richtige Richtung im Sinne einer kollektiveren Politikgestaltung, ausgehend von der Basis. Universitäten haben den Auftrag, den intellektuellen Diskurs voranzutreiben und die Gesellschaft daran teilhaben zu lassen. Die Studierenden fungieren hierbei als Vermittler*innen zwischen Gesellschaft und zukunftsdenkender Forschung.

Darüber hinaus möge das Studierenden Parlament das Referat für Hochschulpolitik damit beauftragen:

1. sich an der bundesweiten "Initiative Hochschulen für den Frieden - Ja zur Zivilklausel!" zu beteiligen.²
2. auf Grundlage der UNESCO-Verfassung³ und dessen Selbstverständnis: "Da Kriege im Geist der Menschen entstehen, muss auch der Frieden im Geist der Menschen verankert werden." eine Politisierung der Studierendenschaft durch Präsentmachen der Thematik der Zivilklauseln und darauf ausgerichtete Aufklärungsarbeit in Form von

Veranstaltungen zu erwirken. Dabei soll klarer Bezug zu Carl von Ossietzky bezogen werden, seinen antimilitaristischen und pazifistischen Hintergründen, die man thematisch einbeziehen muss, um den Kämpfen und der Geschichte von Carl von Ossietzky gerecht zu werden.

Das Präsidium wird gebeten, die Begründung in den Beschlusstext mit aufzunehmen.

Begründung:

“Wissenschaft und Technik waren nicht in erster Linie da, um zu helfen. Sie schufen Werkzeuge der Vernichtung, Werkzeuge gräßlichsten Mordens. Wir müssen die Wissenschaft wieder menschlich machen.” - Carl von Ossietzky

Monatliche Mitteilungen des Deutschen Monistenbundes, Ortsgruppe Hamburg, 1. Februar 1919 - verewigt auf unserem Campus-Denkmal

Die Bedeutung des Kampfes um die Zivilklauseln

Mit Hinblick auf die an Bildungseinrichtungen übergeordnete Frage, wofür und wem Studium und Weiterbildung überhaupt dienen sollten und welche Rolle Hochschulen in diesem Sinne für die Gesellschaft spielen sollten, plädieren wir gegen jede Öffnung der Hochschulen gegenüber dem Militär. Wissenschaft sollte, wie in der UNESCO-Verfassung, im Grundgesetz und selbst in der Grundordnung der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg festgehalten, für die globale Friedenssicherung und für soziale und ökologische Erneuerung des Zusammenlebens als notwendige Voraussetzungen für eine lebenswerte Zukunft aller Menschen, wirken. Es liegt an der Zivilbevölkerung, dass diese auf Papier festgehaltenen Errungenschaften auch tatsächlich umgesetzt werden. Frieden kann nicht aus Aufrüstung und Eskalation hervorgehen, sondern nur durch den Abbau des Militärs und die Förderung ziviler Forschung, die auf Dialog, Zusammenarbeit und nachhaltige Entwicklung setzt.

Als eine Lehre aus dem Faschismus wurden an zahlreichen Universitäten Zivilklauseln in ihre Grundordnung eingepflegt, um das Versprechen der UN-Charta an deutschen Hochschulen zu sichern sowie die Beteiligung der Wissenschaften an Menschenrechtsverletzungen, wie militärischen Bestrebungen, institutionell zu unterbinden. So hat sich auch die Carl von Ossietzky Universität Oldenburg bereits in ihrer Grundordnung dazu bekannt. Darin heißt es: „Die Universität lehnt jede Beteiligung an Wissenschaft und Forschung mit militärischer Nutzung bzw. Zielsetzung ab.“⁴

Im Ersten und Zweiten Weltkrieg hat die Wissenschaft sich unmittelbar an der Kriegstreiberei beteiligt. Vor allem im Zweiten Weltkrieg haben die Hochschulen wesentlich zum Vernichtungskrieg und zum Holocaust beigetragen. Durch ihre Beteiligung ist der Schrecken des Kriegs ungleich größer geworden (s. Zitat oben). Als Lehre daraus sollte die Wissenschaft nie wieder für menschenwidrige Interessen, z.B. für die Rüstungs- oder Kriegsforschung, in den Dienst genommen werden. Nach der Befreiung der Welt vom Hitlerfaschismus wurden die

Vereinten Nationen (UN) gegründet, mit dem allgemeingültigen Ziel einer friedlichen und sozialen Entwicklung der Gesellschaft in weltweiter Kooperation in der Wirtschaft, Wissenschaft, usw. Die Welt soll den Faschismus nie wieder erleben müssen.

Das Friedensgebot im Grundgesetz ist ebenso eine antifaschistische Konsequenz: Nie wieder Krieg, nie wieder Militarismus als Staatsräson. Dies erfordert aktive Abrüstung und zivile Konfliktlösung statt endloser Aufrüstungsspiralen.

Die Zivilklauseln sind in dieser Hinsicht Ausdruck dieser Bestrebungen an deutschen Bildungseinrichtungen sowie eine historisch erkämpfte Grundlage für weitere friedensfördernde Arbeit.

Carl von Ossietzkys Bedeutung als Namensgeber

Nach dem Vorbild des Namensgebers unserer Universität sollte unser Anspruch als Studierendenschaft sein, dass aktiv, fortwährend und mit allumfassender Bestrebung und Überzeugung für die Verwirklichung der in der Zivilklausel enthaltenen Selbstverpflichtungen gesorgt wird: Carl von Ossietzky war in seinem Wirken und Schaffen geprägt von einem pazifistischen, antimilitaristischen und demokratischen Weltbild. Als ehemaliger Generalsekretär der Deutschen Friedensgesellschaft, Mitinitiator der Friedensbewegung "Nie Wieder Krieg!" und später einer der bedeutendsten Publizisten der Weimarer Republik als Herausgeber der "Weltbühne", war und blieb er eine der am klarsten und unbeirrtesten Stimmen gegen den nach dem ersten Weltkrieg wieder erstarkenden Militarismus. Sein Wirken und sein Akt des Widerstands gegen die Repressionen durch den Faschismus machen ihn zu einer Symbolfigur für Frieden und gegen den Faschismus. In der Präambel unserer Grundordnung ist in Gedenken an sein Schaffen festgehalten:

„[...] Mit der Wahl des Namens Carl von Ossietzky Universität Oldenburg ist [...] eine Übereinstimmung mit den Prinzipien zum Ausdruck gebracht, die für Carl von Ossietzkys publizistisches Werk leitend waren: [...] eine Wissenschaft und öffentliche Wirksamkeit im Dienste von Gemeinwohl und Frieden. Die Namensgebung soll zugleich auch künftigen Generationen die Erinnerung an einen Menschen wach halten, der kompromisslos gegen Militarismus, Nationalismus und Rechtsstaatsverletzungen kämpfte und dafür Gefängnis- und tödliche KZ-Haft erleiden musste.“⁴

Was gibt Anlass, sich an unserer Universität um den Stand der Zivilklauseln an den Bildungseinrichtungen zu sorgen?

Navi Sense und militärische Forschungsinteressen

Das laufende Forschungsprojekt an unserer Universität mit dem Namen *NaviSense*, bricht mit seiner Selbstverpflichtung im Sinne von Carl von Ossietzky. Bei diesem Projekt wird versucht herauszufinden, ob und wie Vögel möglicherweise mit Hilfe von Magnetfeldern navigieren. Es

handelt sich hierbei vordergründig um rein zivile Forschung. Die Vergangenheit hat jedoch gezeigt, dass auch das Militär ein reges Interesse an den Forschungsergebnissen hat.

Militärisch hätte es den Nutzen, die "GPS-unabhängige Navigation von technischen Geräten" in Zukunft auch in militärisches Gerät wie Drohnen implementieren zu können.⁵ Zur Zeit besteht noch keine Zusammenarbeit mit dem Militär, jedoch wird das Projekt von Henrik Mouritsen geleitet, der bis 2014 bereits ein ähnliches Projekt an der Universität geleitet hat, welches durch 1.5 Mio. USD an Drittmitteln durch die DARPA (Defense Advanced Research Projects Agency), also das US-Militär, gefördert wurde.⁶ Neben der konkreten Zusammenarbeit mit dem Militär ist die Folgenabschätzung der eigenen Forschungsergebnisse in unserer Grundordnung verankert. Forschende sollen demnach die Folgen ihrer wissenschaftlichen Erkenntnisse hinsichtlich der "*Gefahren für Gesundheit, das Leben oder das friedliche Zusammenleben*" mitbedenken.⁴ In der Vorstellung des NaviSense Exzellenzclusters hat Mouritsen auf Nachfrage erläutert, dass die Technologie nicht für das Militär entwickelt wird, von einem Bewusstsein für die Folgenabschätzung der Forschung war jedoch keine Spur zu finden. Dies hat sogar der Senat selbst als kritisch eingestuft.⁷ Darüber hinaus besteht im Rahmen der aktuellen "Zeitenwende" und der damit einhergehenden Einstimmung der Zivilbevölkerung auf die "Kriegstüchtigkeit" Deutschlands - 2022 ausgerufen und heute mit unbegrenzten Ausgaben unter Aussetzen der Schuldenbremse nicht nur weitergeführt, sondern zu einer Kriegsvorbereitung aufgebläht - Grund zur Annahme, dass mögliche *Dual Use* Projekte aus einem Nutzen für das Militär heraus, tatsächlich in die Militärforschung eingegliedert werden sollen. Durch die Verwendung von Begriffen wie *Dual Use* wird der Eindruck erweckt, dass Militärforschung grundsätzlich im Interesse des Gemeinwohls betrieben wird. Der Ansatz verschleiert dabei die wahren Intentionen, militärische Technologien und Forschung unter dem Deckmantel von zivilen, wissenschaftlichen oder medizinischen Fortschritten voranzutreiben. Das Ergebnis: Die Grenzen zwischen ziviler und militärischer Forschung werden verwischt. So steht auch im BMBF-Papier (Bundesministerium für Bildung und Forschung) zur "Forschungssicherheit im Lichte der Zeitenwende", das Ziel sei, die "strikte Trennung zwischen ziviler und militärischer Forschung in Deutschland zu hinterfragen".⁸

"Kanonen statt Butter"-Politik

Die abgewählte Regierungsführung hat vor kurzem ein milliardenschweres Aufrüstungspaket beschlossen, welches mit einer Grundgesetzänderung die Schuldenbremse für Verteidigung aufhebt und endlose Milliarden Euro Kriegskredite ermöglicht – nicht für Soziales oder Bildung, sondern für die Kriegsvorbereitung. Zeitgleich zur unbegrenzten Rüstungsfinanzierung werden staatliche Mittel für Bildung und Forschung gekürzt. Die Universitäten werden so noch abhängiger von Drittmittelgeldern und sind letztendlich unweigerlich der Forschung für militärische Zwecke ausgesetzt. Die Unterfinanzierung von Hochschulen drängt sie in Wettbewerbsmechanismen wie dem Exzellenzcluster.

Die 500 Milliarden Euro Sonderschulden zur Instandsetzung von Infrastruktur dienen dabei nicht einer nachhaltigen, sozialen und ökologischen Transformation der Industrie, dies ist eine etablierte Narrative, um Zustimmung in der Bevölkerung zu erwirken. Sie werden vielmehr in

den zivilen Ausbau militärischer Mobilmachung gelenkt, etwa durch Autobahnen und Krankenhäuser, die vorrangig der Verlegung und Versorgung von Truppen dienen. 1% des Wehretats sind außerdem weiterhin von der Schuldenbremse betroffen, was wiederum Kürzungen im Bereich Soziales und Bildung rechtfertigen wird. Während also immer weniger Geld für die Bildung anfällt, gehen ungefähr 1,7 Billionen Euro⁹, das sind 170 Jahre 9-Euro-Ticket¹⁰, von der Bundeswehr aus. Eine Drittmittelabhängigkeit vom Militär als bald einzige Finanzierungsmöglichkeit ist beabsichtigte Konsequenz und statt direkter, unabhängig von Interessen bereitgestellter Geldmittel, sind diese gebunden an den Interessen des Militärs. Die Öffnung der Hochschulen für das Militär mittels Abschaffung und Verbot von Zivilklauseln wird dabei meist mit dem "Schutz der Wissenschaftsfreiheit" begründet, so argumentiert es das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) in selbigem Positionspapier. Wenn man aufgrund finanzieller Abhängigkeit aber keine andere Möglichkeit als die Mittel des Militärs hat, sein Projekt zu finanzieren und wenn es interessen geleitete Vorgaben gibt, wofür geforscht werden soll, dann liegt das genaue Gegenteil von Wissenschaftsfreiheit und Autonomie in der Entscheidung über die Forschungsprojekte vor.

Was gibt Anlass, sich um den Stand der Zivilklauseln an den Bildungseinrichtungen in Deutschland zu sorgen?

Der derzeitigen Aufrüstungspolitik sind die Zivilklauseln der Universitäten ein Dorn im Auge. Als Angriffe auf Zivilklauseln sind in den letzten Jahren beschlossene Gesetze, wie das bereits in Kraft getretene Bayerische Hochschulgesetz zur Förderung der Bundeswehr in Bayern¹¹ und das geplante Nachfolgegesetz in Hessen¹² beschlossen worden. Dies sind bereits grundlegende Eingriffe in die Wissenschaftsfreiheit und Hochschulautonomie. Sie fordern nicht nur das Verbot der Zivilklauseln, sie schreiben sogar der Forschung mit militärischen Zwecken zu, dass sie der einzige Ausweg aus der Unterfinanzierung der Hochschulen sei.

So hat die CDU in Bremen den Antrag "Für ein starkes Bremen in Europa" gestellt, in dem auch die Abschaffung der Zivilklauseln an den Universitäten vorgesehen ist.¹³ Und so fordert nun auch die CDU Niedersachsen seit März dieses Jahres eine institutionalisierte, verpflichtende Zusammenarbeit mit Jugendoffizieren an Schulen, "um sicherzustellen, dass sicherheitspolitische Fragen als Bestandteil der politischen Bildung vermittelt werden."¹⁴ Politische Bildung sollte kritisches Denken fördern und Perspektiven auf friedenspolitische Fragen einbeziehen – nicht einseitig militärische Sichtweisen verkörpern. Es sind Maßnahmen zur ideologischen Einstimmung auf die Kriegsvorbereitung. Sie dienen der herrschenden Klasse, die durch die Waffenindustrie profitiert. Dabei will sie nicht nur die Normalisierung der Bundeswehr im Alltagsleben mit der Präsenz von Soldaten*innen in jedem Bereich der Gesellschaft herbeiführen, sondern auch das deutsche Heer als etwas Heldenhaftes in der Öffentlichkeit darstellen, um möglichst viele junge Menschen zu indoktrinieren, zu verpflichten und die Sympathie der Mehrheit für die angebliche Verteidigungsarmee aufzuwecken.

Was können wir bewirken, um die Zivilklauseln zu erhalten und auszubauen?

Das Recht des Stärkeren - Die Abschreckungspolitik und der Kriegskurs - sollen aktuell die antifaschistischen Errungenschaften des Völkerrechts ersetzen. Für uns - die Mehrheit der arbeitenden Klasse bedeutet das nichts anderes, als eine gigantische Umverteilung von unten nach oben, durch Rüstung, Krieg und soziale Verelendung. Die Hochschulen sollen also nicht mehr der breiten Bevölkerung offenstehen, sondern nun wieder der Elitenförderung dienen und die Wissenschaft wieder einmal, diesmal aber mit neuer Qualität und noch größerem Anteil, dem Imperialismus dienen. Dem stehen die Zivilklauseln im Weg, welche die CDU nun auch offen verbieten will.

Unsere Rolle als Studierende der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg ist es, uns dagegen und dafür klar als Teil der Friedensbewegung zu verstehen, und dafür sowohl die Lehre und andere Aktivitäten an der Universität, als auch die Gesellschaft aus der Universität heraus im Sinne der antifaschistischen und antimilitaristischen Kämpfe von Carl von Ossietzky mitzugestalten.

Dazu ist es notwendig, uns als handelnde Subjekte in unserer derzeitigen historischen Position an der Universität zu begreifen und für das Interesse der Weltbevölkerung zu handeln. Die profitgetriebenen Partikularinteressen der herrschenden Klasse sind nicht mit den Interessen der Gesamtbevölkerung nach einem sozialen, nachhaltigen Zusammenleben in Frieden zu vereinen. Das aktuelle Sondervermögen und die Aussetzung der Schuldenbremse für Rüstung zeigen, es ist genug Geld da für eine sozial-ökologische Transformation der Gesellschaft, es ist der politische Wille, der fehlt, bzw. den falschen Interessen obliegt.

Entgegen all der oben genannten Entwicklungen zeigt so beispielsweise die kürzlich erkämpfte Einführung einer Zivilklausel an der Kunsthochschule für Medien Köln im Dezember 2024, dass politische Kämpfe an Hochschulen Wirkung zeigen.¹⁵

Die Auseinandersetzung um die Aufrüstung spitzt sich um die Jugend und die Hochschulen zu. Die Rüstungsindustrie benötigt dringend unsere Köpfe und unsere Tätigkeiten. Das heißt, wenn wir uns wehren, wenn wir unsere Tätigkeiten nicht der Kriegsforschung widmen und an den Zivilklauseln halten, wenn wir die soziale Schließung der Hochschulen verhindern und uns nicht als Arbeiter*innenjugend spalten lassen, verunmöglichen wir den Kriegskurs!

Quellenverzeichnis:

1 Stellungnahme der LandesAstenKonferenz Niedersachsen zur Initiative Streichung der Zivilklausel der CDU-Fraktion Niedersachsen, <http://www.lak-niedersachsen.de/2025/03/stellungnahme-der-landesastenkonferenz-niedersachsen-zur-initiative-streichung-der-zivilklausel-der-cdu-fraktion-niedersachsen/>, zuletzt aufgerufen am: 11.04.2025

2 Bundesweite Zivilklauselbewegung, "Initiative Hochschulen für den Frieden - Ja zur Zivilklausel!", <http://zivilklausel.de/>, zuletzt zugegriffen am: 07.04.2025

3 UNESCO, <https://www.unesco.de/dokumente-und-hintergruende/dokumente/unesco/verfassung-der-organisation-fuer-bildung-wissenschaft-und-kultur/>, zuletzt aufgerufen am: 07.04.2025

4 Grundordnung der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, https://uol.de/fileadmin/rechtsreferat/download/AM2016-02_01_Neufassung_Grundordnung.pdf

5 Uni Oldenburg, "Universität im Rennen um drei Exzellenzcluster", "Exzellenzbereich Forschung zur Tiernavigation", <https://uol.de/exzellenzstrategie#c694682>, zuletzt aufgerufen am: 11.04.2025

6 Ministerium für Wissenschaft und Kultur Niedersachsen, https://www.mwk.niedersachsen.de/download/84318/Sicherheitstechnische_und_militaerische_Forschungsprojekte_an_niedersaechsischen_Hochschulen.pdf

7 Protokoll: Sitzung des Senats am 29.05.2024,

<https://uol.de/gremien/hochschuloeffentliche-sitzungsunterlagen/wicket/resource/org.apache.wicket.Application/doc215943.pdf>

8 BMBF, "Positionspapier des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zur Forschungssicherheit im Lichte der Zeitenwende", https://www.bmbf.de/SharedDocs/Downloads/DE/2024/positionspapier-forschungssicherheit.pdf?__blob=publicationFile&v=4, zuletzt zugegriffen am: 07.04.2025

9 Handelsblatt, “Bis zu 1,7 Billionen Euro – Schuldenspielraum wird noch größer”, 16.03.2025, <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/finanzpaket-bis-zu-17-billionen-euro-schuldenspielraum-wird-noch-groesser/100114078.html>, zuletzt zugegriffen am 07.04.2025

10 Bundesregierung, “9-Euro-Ticket 52 Millionen Mal verkauft”, [FAQ zum 9-Euro-Ticket | Bundesregierunghttps://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/faq-9-euro-ticket-2028756](https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/faq-9-euro-ticket-2028756), zuletzt aufgreifen am: 11.04.2025

11 Landtag Bayern, “Stellungnahme zum Entwurf des Gesetzes zur Förderung der Bundeswehr in Bayern”, https://www.bayern.landtag.de/www/ElanTextAblage_WP19/Gesetzesmaterial/0000001484/0000000018.pdf

12 FDP Fraktion Hessen, “PROMNY: Bundeswehr stärken, Zivilklausel abschaffen”, https://fdp-fraktion-hessen.de/meldung/promny-bundeswehr-staerken-zivilklausel-abschaffen/?utm_source=chatgpt.com&cookie-consent-set=true, zuletzt aufgerufen am: 11.04.2025

13 CDU Bremen, “CDU Bremen will Verteidigungsindustrie stärken”, <https://www.cdu-bremen.de/news/strohmman-zivilklausel-bremst-forschung-aus>, zuletzt zugegriffen am: 07.04.2025

14 CDU Niedersachsen, “Auch Niedersachsen hat die Aufgabe die Bundeswehr zu stärken – CDU-Fraktion bringt dazu Gesetzentwurf ein”, <https://cdultnds.de/2025/03/26/auch-niedersachsen-hat-die-aufgabe-die-bundeswehr-zu-staerken-cdu-fraktion-bringt-dazu-gesetzentwurf-ein/>, zuletzt zugegriffen am: 07.04.2025

15 Grundordnung der Kunsthochschule für Medien Köln, <https://www.khm.de/suche/?s=grundordnung>, zuletzt aufgerufen am: 11.04.2025